



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 11. Dezember 2012

P121611

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz, egba@bj.admin.ch.

Begründung

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat die Kantone eingeladen, zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) Stellung zu nehmen. Der Kanton Basel-Stadt hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und eine Vernehmlassung eingereicht. Darin werden die vorgeschlagenen, neuen Bestimmungen kritisch bis ablehnend kommentiert. Der Kanton fordert die Überarbeitung der Vorlage.

